denkhausbremen

Dialog Degrowth

Wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft besser gestalten

Eva-Maria Lopez, o.V., degrowth, 2017

Impressum

denkhausbremen e.V.
am wall 174
28195 bremen
fon 0421 33048381
www.denkhausbremen.de

Die Interviews erscheinen in alphabetischer Reihenfolge.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Projektleitung:
Peter Gerhardt

Interviews:
Peter Gerhardt und Jonas Daldrup

Redaktion:
Peter Gerhardt, Jonas Daldrup und Michael Gerhardt

Fotos:
Eva-Maria Lopez | degrowth, 2017

Die Serie legt den Blickpunkt auf die Aspekte von degrowth in persönlichen sowie alltäglichen Situationen in Deutschland und Frankreich. Die Fotos loten die Schnittmengen aus von Wachstum, Glück, Mobilität für Individuum und Gesellschaft.

Eva-Maria Lopez
sophienstr. 169
76185 karlsruhe
www.evalopez.net

Gestaltung:
Eva-Maria Lopez

Förderhinweise:
Das Projekt "Dialog Degrowth" wird gefördert von:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Umwelt Bundesamt

Fotoserie „degrowth" wird gefördert von:

Stadt Karlsruhe
Kulturamt | Kulturbüro

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wie erreichen wir eine gerechtere Verteilung der globalen Ressourcen, wie können wir Klimawandel und Artensterben wirksam bekämpfen? Die aktuelle wachstumskritische Debatte verspricht Antworten auf diese Fragen jenseits des Mainstream. Daher hat denkhausbremen gemeinsam mit seinem Kooperationspartner Forum Umwelt und Entwicklung den "Dialog Degrowth" initiiert. In diesem Projekt suchen Umweltverbände gemeinsam mit wachstumskritischen Initiativen nach konkreten Lösungsansätzen für soziale und ökologische Zukunftsfragen.

Völlig neu ist die Diskussion allerdings nicht. Schon nach Erscheinen des richtungsweisenden "Club of Rome"-Berichts in den 1970er Jahren wurde über Wirtschaftswachstum gestritten. Der Tenor auch damals: Unendliches Wachstum kann es auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht geben.

Seit dieser Zeit ist auch die Umweltbewegung mit wachstumskritischen Positionen konfrontiert. Wie wurden diese ab den 1970er Jahren bei BUND, Greenpeace, NABU, WWF und Co. aufgenommen? Was folgt aus den alten Debatten für die Zukunft? Um das herauszufinden, hat denkhausbremen mit erfahrenen Führungskräften aus den Umweltverbänden gesprochen. Die Ergebnisse und ausführlichen Interviews sind in dieser Publikation für Sie zusammengestellt. Die damit korrespondierenden Fotos entstanden im Projekt „degrowth" der Künstlerin Eva-Maria Lopez.

Interviews mit "Granden" der Umweltverbände können nicht die ganze Bandbreite der Bewegung abbilden. Trotzdem gilt für alle, die sich heute und morgen engagieren: Wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft besser gestalten.

Wir bedanken uns für die Förderung durch das Umweltbundesamt und wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Die Crew von denkhausbremen

Weniger Wachstum – Mehr Gerechtigkeit

Wer hätte das gedacht? Dass die großen deutschen Umweltverbände eine Abkehr vom Wachstumsdenken fordern, ist vielleicht nicht wirklich überraschend. Dass sie gleichzeitig unisono auch für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten, lässt allerdings aufhorchen.

Genau das ist jedoch die durchaus überraschende Quintessenz der Interviewreihe, die denkhausbremen mit aktiven und ehemaligen Führungskräften von sechs Umweltverbänden geführt hat. Darin äußern sich die Umweltfachleute auch über ihr ambivalentes Verhältnis zur Industrie, blicken zurück auf Erfolge und Misserfolge der bundesdeutschen Umweltbewegung und schildern ihre Ideen für die Zukunft.

Sackgasse Wachstum

Bei dieser Diagnose sind sich die Befragten einig: Das Märchen vom Wirtschaftswachstum ist auserzählt. Eine auf permanentes Wachstum programmierte Wirtschaft erschöpft auf Dauer unseren Planeten. Zu dumm nur, dass die Menschheit genau in dieser Richtung unterwegs ist. Und mittendrin befinden sich die Umweltverbände mitsamt Spender/innen und Unterstützer/innen. Folgerichtig fordern die befragten Fachleute von BUND, Greenpeace, NABU, WWF und Co. einen mehr oder weniger radikalen Kurswechsel. Aber wie soll das gehen? Die aktuelle Postwachstums-Diskussion kann darauf möglicherweise eine Antwort geben.
Aus diesem Grund beobachten etablierte Verbände wie der WWF die wachstumskritische Debatte sehr genau, so dessen Vorstandsmitglied Christoph Heinrich. Er sieht zum Beispiel viele inhaltliche Übereinstimmungen mit den „Ende-Gelände“-Protesten. Diese verknüpfen Forderungen nach einem Braunkohle-Sofortausstieg mit wachstumskritischen Positionen.
Andere Verbände schlagen in die gleiche Kerbe. NABU-Präsident Olaf Tschimpke: “Bei den wichtigsten Themen des Umweltschutzes, beim Verlust der biologischen Vielfalt sowie beim Klimawandel, sind tatsächlich schon heute die Grenzen überschritten.”Die BUND-Ehrenvorsitzende Angelika Zahrnt warnt allerdings vor einem Schulterschluss mit rechtspopulistischen Wachstumskritikern.

Ökologie und Soziales gehören zusammen

In den Führungsetagen der Umweltverbände ist man sich einig, dass ohne soziale Gerechtigkeit ein ökologischer Wandel der Gesellschaft nicht zu haben ist. “Wenn die Menschen den Eindruck haben, das läuft nicht gerecht ab, dann haben wir mit unserer Transformationsstrategie keine Chance”, ist sich der NaturFreunde-Vorsitzende Michael Müller sicher.
Im Gegensatz dazu stehen die Umweltverbände zunächst im Verdacht, in erster Linie die Interessen ihrer bürgerlichen Zielgruppen abzubilden. Soziales habe keinen Platz im Portfolio der Ökoverbände. Der ehemalige Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Helmut Röscheisen, räumt ein: Solange sich die Umwelt-

bewegung vorwiegend aus Angehörigen der Mittelschicht zusammensetze, falle es schwerer, den Blick für soziale Ungerechtigkeit zu schärfen. Er nennt ein Beispiel: An einer stark befahrenen Durchfahrtsstraße im Raum Köln mit einkommensschwachen Anwohnern sei 30 Jahre nichts gegen Lärm und Abgase unternommen worden. „Wenn einflussreiche Leute an dieser Straße wohnen würden, dann hätte es vielleicht längst Änderungen gegeben."
Mit diesem gesellschaftlichen Kontext müssten sich die Umweltverbände deshalb auseinandersetzen, ergänzt Michael Müller. Er hofft, dass ein „Bündnis von sozialem und ökologischem Denken" gegen die gesellschaftliche Spaltung entsteht.

Industrie als Feindbild oder Partner

Die Interviewten sprechen auch über ihr ambivalentes Verhältnis zur Industrie. Weder gibt es dabei Lob über den grünen Klee noch abgrundtiefe Kritik. NABU-Präsident Tschimpke bringt es auf folgenden Nenner: „So viel Kooperation wie möglich, so viel Konfrontation wie nötig." Nach seiner Wahrnehmung haben sich BUND und Greenpeace schon immer klarer von der Wirtschaft abgegrenzt, während der WWF stets einen recht intensiven Kontakt zur Wirtschaft gepflegt habe. „In diesem Spannungsbogen bewegt sich der NABU."
Wesentlich kritischer bewertet Wolfgang Lohbeck von Greenpeace den Dialog mit der Wirtschaft. Möglicherweise falle es nach persönlichen Begegnungen schwerer, mit Konzernen öffentlich hart ins Gericht zu gehen. Vor allem aber bestehe die Gefahr, sich zu sehr um Detailverbesserungen zu bemühen und das große Ganze aus den Augen zu verlieren.

Aus der eigenen Geschichte lernen

Womöglich lohnt sich für die Umweltverbände ein Blick ins eigene Archiv, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Die aktuelle Wachstumskritik ist schließlich nicht einfach vom Himmel gefallen - bereits in den 1970er Jahren veröffentlichte der Club of Rome

© Eva-Maria Lopez | o.T.; degrowth | 2017

seine Studie “Grenzen des Wachstums”. In den politisch aufgeladenen Zeiten von damals sind auch Verbände wie Greenpeace und BUND ins Leben gerufen worden. In der Folge kam es laut WWF-Vorstand Heinrich zu einer Spaltung der Naturschutzszene: Auf der einen Seite eher linke Akademiker beim BUND, auf der anderen Seite der NABU-Vorgänger „Deutscher Bund für Vogelschutz“, in dem sich nach seiner Erinnerung vor allem konservative Handwerksmeister, Angestellte und Arbeiter trafen. Auf der damaligen Agenda der Ökoverbände standen auch grundsätzliche Fragen zum Wirtschaftssystem. Für Greenpeace-Experte Lohbeck etwa war der Kampf gegen dreckige Flüsse auch „eine Art von Kapitalismuskritik“.

Umweltverbände gleichen sich an

Eheleuten wird bekanntlich nachgesagt, dass Sie sich mit der Zeit immer ähnlicher werden. Der gemeinsame Mikrokosmos erzeugt ähnliche Lebensformen. Vielleicht ist so zu erklären, warum sich die Umweltverbände bei ihrem Rendezvous mit der Realität immer weiter angleichen. Das Wechselspiel aus Kooperation und Konfrontation mit Wirtschaft, Presse und Politik zwingt die Verbände offensichtlich in die gleiche Umlaufbahn. Greenpeace, das nach Wolfgang Lohbecks Worten mal als „Teil einer systemkritischen Bewegung” gestartet wurde, sitzt heute auf internationalen Umweltkonferenzen einträchtig neben dem WWF, der seine Unterstützer anfangs aus Hochadel und High Society rekrutierte.

Blick in die Zukunft

Und wie soll es jetzt weitergehen? Die Interviewten wagen einen Blick in die Glaskugel und erläutern ihre Ideen für die Zukunft. Die BUND-Ehrenvorsitzende Angelika Zahrnt hat einen pragmatischen Vorschlag: „Die Stärke der Umweltverbände - zumindest von NABU und BUND - liegt ganz klar auf der lokalen Ebene“. Hier sollten sie für mehr Repair-Cafés, Car Sharing und öffentliche Bücherschränke streiten - und zugleich auf politischer Ebene bessere Rahmenbedingungen für ressourcensparendes Verhalten fordern.
Wenn es nach Ex-Staatssekretär Müller geht, sollten sich die Verbände noch stärker politisch einmischen: Er ruft sie dazu auf, „eine Art APO, also außerparteiliche Opposition“ zu bilden und die politischen Parteien beim Thema Wachstum stärker unter Druck zu setzen.
Greenpeace-Experte Lohbeck rechnet damit, dass es den Umweltverbänden so ergeht wie der SPD: „Immer wenn die Sozialdemokratie sich in der politischen Mitte eingerichtet hatte, etablierten sich linke Abspaltungen.” In den 1920er Jahren sei die USPD entstanden, zuletzt dann die Partei Die Linke. Bei den Umweltverbänden könnten ebenfalls neue Ausgründungen entstehen: „Organisationen mit Pioniergeist, die Probleme wieder kontroverser auf den Punkt bringen“.
Möglicherweise befinden wir uns bereits in der Zukunft - und die Postwachstumsbewegung ist so etwas wie die Reinkarnation der Umweltverbände.

WWF Deutschland

Christoph Heinrich, ist als Vorstand des WWF Deutschland zuständig für die Naturschutzarbeit. Zuvor leitete er beim NABU Bundesverband bis 2004 den Fachbereich Naturschutz - und Umweltpolitik. Der Diplom-Geograph ist seit seiner Jugend ehrenamtlich im Naturschutz tätig und Mitglied zahlreicher Naturschutzorganisationen.

Christoph Heinrich

Strategisch wichtige Unternehmen transformieren

Der WWF beobachtet die Arbeit der wachstumskritischen Bewegung laut Christoph Heinrich sehr genau. Er sieht viele inhaltliche Übereinstimmungen, zum Beispiel mit den „Ende-Gelände“-Protesten gegen den Braunkohle-Abbau. Bei einigen Konsumgütern wie Fleisch, Soja oder Palmöl seien die globalen Grenzen der Tragfähigkeiten laut Studien des WWF bereits überschritten.

Für seine Zusammenarbeit mit Unternehmen habe der WWF manchmal zu Recht Kritik einstecken müssen, räumt Heinrich ein. Aber: „Wir dürfen auch nicht den Fehler des Blackwashings begehen und sagen, dass Unternehmen per se ‚böse’ sind.“ Der WWF wolle strategisch wichtige Unternehmen ökologisieren, damit sie dann Impulse für ganze Märkte setzen.

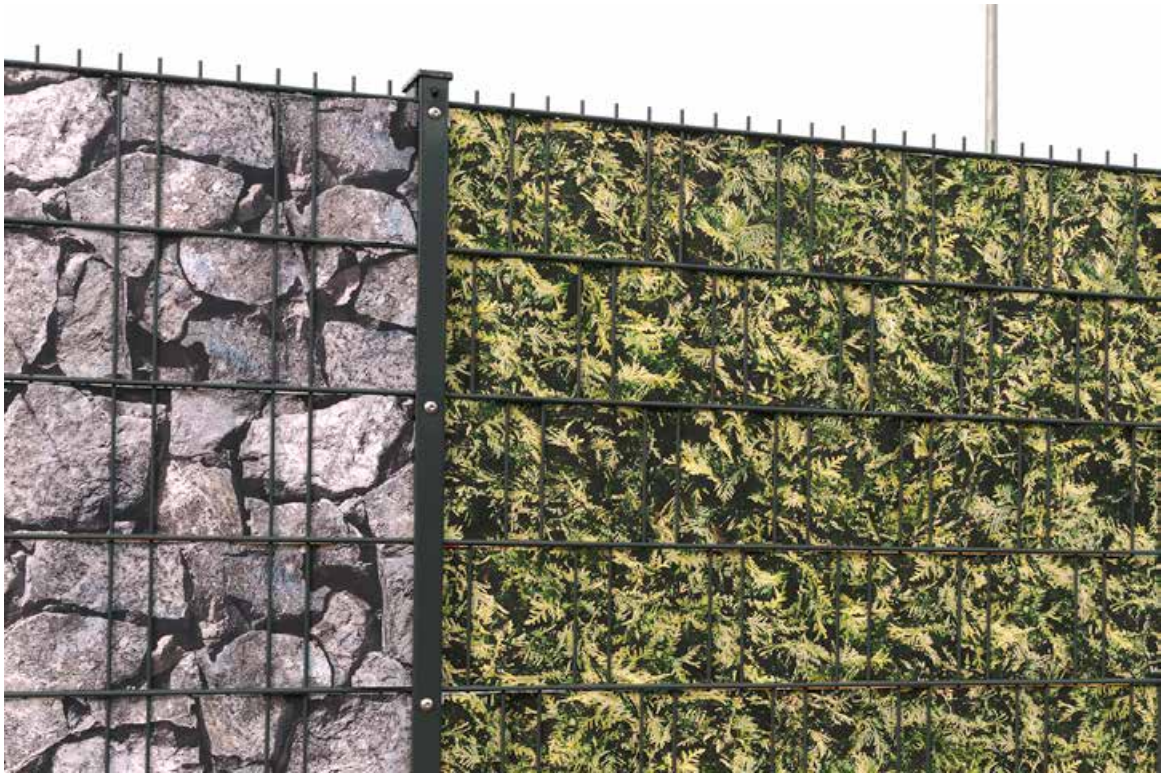
Die eher konservativen Verbände - zu denen Anfang der 1980er auch der WWF noch stärker zählte - stellten sich laut Heinrich nach und nach thematisch breiter auf, wurden politischer, auch unter dem Eindruck der Umweltkonferenz in Rio 1992. Heute spricht sich das WWF-Vorstandsmitglied für eine breite gesellschaftliche Initiative aus, um Wohlstand zukünftig anders zu messen als mit dem Bruttoinlandsprodukt, bei dem Naturzerstörung sogar noch belohnt werde.

denkhausbremen: wie sind Sie zum Naturschutz gekommen?

Christoph Heinrich: Im Grunde genommen bin ich seit meiner Kindheit im Naturschutz aktiv. Schon im Alter von zehn Jahren bin ich in den NABU eingetreten, bin dann immer dabei geblieben und hab das zu meinem Beruf gemacht.

wie haben Sie die 1970er Jahre erlebt? Der Club of Rome brachte die Studie "Grenzen des Wachstums" heraus. War das in der damaligen Naturschutzszene ein Thema?

Absolut! Aber beim damaligen Vorgänger des NABU, dem deutschen Bund für Vogelschutz, gab es auch Irritationen. Aus Sicht der Naturschützer gab es jetzt eine Bewegung, die aus Umweltschutz was Politisches machen wollte. Viele traditionelle Naturschützer wollten sich jedoch aus der Politik lieber raushalten. Gleichwohl war das Thema interessant, neu und aufregend. Man konnte Avantgarde sein, wenn man über Naturschutz und Ökosysteme sprach.
Zusätzlich sorgte der Ölschock für eine Zäsur im Denken. Und in diese Zeit fällt auch die Ausweisung des ersten deutschen Nationalparks. Zusammengefasst kann man sagen, dass es das Thema Umweltschutz damals über die Wahrnehmungsschwelle hinaus geschafft hatte.



© Eva-María Lopez | vorgarten 04; degrowth | Deutschland, 2017

wie ging es dann weiter in den 1980er Jahren?

Zunächst würde ich gerne mit dem Vorurteil aufräumen, dass sich alle Naturschützer nur für Vögel, Käfer und Pflanzen interessieren. Wir hatten damals wie heute einen durchaus politisch interessierten Blick auf die Gesellschaft. Die Grünen hatten jemanden wie Joschka Fischer, der das Ganze nonkonformistisch anging und für viele eine Art Held war. Der hatte mit Naturschutz zwar nicht viel am Hut, aber in der Öffentlichkeit eine enorme Wirkung und die Grünen haben unsere Themen hochgehalten.

Anschließend gingen die Grünen in die Regierung, in den Streit um die Hanauer Atomanlage kam Bewegung – und das Naturschutzgebiet, für das wir uns schon immer eingesetzt hatten, wurde plötzlich ausgewiesen. Es taten sich schon Dinge!
Außerdem gab es in der Naturschutzbewegung zu der Zeit ganz klar eine Spaltung! Auf der einen Seite waren im BUND eher links denkende und wählende Lehrer und Akademiker organisiert.
Im Gegenteil dazu engagierten sich in meiner NABU-Ortsgruppe in Südhessen in erster Linie sowohl konservative Handwerksmeister, Angestellte und Arbeiter als auch „Grüne“. Es ist eine Stärke von Verbänden wie dem NABU, tief in der gesellschaftlichen Mitte verwurzelt zu sein. Das wird oftmals vergessen.

● in den 90er Jahren wurde nach dem Umweltgipfel in Rio das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die politische Debatte eingeführt, das Ökologie, Soziales und Ökonomie miteinander verbinden sollte. Es gab Kritik aus der Umweltbewegung, dass die Wirtschaft mit ins Boot geholt wurde ...

Aus meiner Sicht gehört die Wirtschaft mit dazu. Sie gedanklich abzukoppeln wäre utopisch. Die Wirtschaft muss mitgedacht werden, denn die soll ja nachhaltig und im Übrigen auch sozial werden.

● wie hat sich der WWF historisch seit den 1970er Jahren entwickelt?

Der WWF kommt aus einer anderen Sozialisierung und Historie. Er ist 1963 gegründet worden und war in den 70er Jahren noch jung. Damals lag der Fokus auf Feldprojekten, die auf Norddeutschland begrenzt waren. Zu Beginn der 80er Jahre war der WWF noch stärker im konservativen Lager verankert – mit einem starken Naturschutzherz. Beim Kampf um die Wattenmeer-Nationalparke hat der WWF dann auch politisches Profil entwickelt und war eine treibende Kraft in der Debatte. Diese Leistung des WWF wird aus meiner Sicht bis heute unterschätzt.

1992 kam der Begriff der nachhaltigen Entwicklung auf, der auf der Rio-Konferenz geprägt wurde. Der WWF hat dem durch das Konzept des ökologischen Fußabdrucks Rechnung getragen und sich dadurch thematisch sehr viel breiter aufgestellt. Heute ist der WWF nicht mehr einem bestimmten politischen Lager zuzuordnen, unsere Unterstützer sind hinsichtlich ihrer Soziologie und politischen Einstellung sehr gemischt. Aus meiner Sicht sollte sich der WWF auch in Zukunft weiterhin politisch neutral positionieren, und dabei darauf achten, dass er sowohl im progressiven wie im konservativen Lager gehört wird.

● ist das auch eine originäre Rolle des WWF im Spektrum der großen Umweltverbände?

Also, programmatisch unterscheidet uns kaum etwas von den anderen großen Verbänden. Wir wollen aber auch ins bürgerliche Lager hinein eine Stimme sein, der man zuhört. Nichtsdestotrotz benennen wir auch unbequeme Wahrheiten und haben keine Tabuthemen.

● der WWF hat gute Beziehungen in die Wirtschaft, betreibt Unternehmenskooperationen und bewegt sich von daher in einem Spannungsfeld ...

Nicht den Fehler des Blackwashings begehen

Als ich vor 13 Jahren vom NABU zum WWF gewechselt bin, gehörte es für mich zu den stärksten Eindrücken, wie professionell der WWF an Kooperationen mit den Unternehmen heranging. Wie kritisch und sorgfältig das schon damals geprüft wurde nach dem System der Due Diligence.
Für unsere Zusammenarbeit mit Unternehmen haben wir auch öffentliche Kritik einstecken müssen. Manchmal zu Recht, vieles geht aber auch auf die Legendenbildung zurück, dass der WWF Greenwashing begünstigt. Wir glauben nach wie vor, dass der kritische Dialog ebenso wie Kooperationen mit Unternehmen wichtig ist, allein schon weil sie so viele Ressourcen bewegen. Wir dürfen auch nicht den Fehler des Blackwashings begehen und sagen, dass Unternehmen per se „böse“ sind.

Unser Ansatz ist es, strategisch wichtige Unternehmen zu transformieren und zu ökologisieren, damit sie dann Impulse für ganze Märkte setzen. Das ist uns beispielhaft in der Kooperation mit EDEKA beim Thema Fisch gelungen. Durch die Selbstverpflichtung von EDEKA zu Fisch mit MSC-Gütesiegel haben wir in Deutschland den Fischmarkt bewegt. Mittlerweile gibt es zunehmend Fälle, in denen uns die Standards des MSC alleine nicht mehr ausreichen, aber als Basisanspruch ist er immer noch gut.

● der MSC verfolgt einen Multistakeholder-Ansatz, der Umwelt, Soziales und Ökonomie unter einen Hut bringen will. Gibt dabei nicht letztlich die Wirtschaft den Ton an, weil Unternehmen einfach mehr Ressourcen haben als WWF und Co.?

Da haben sie genau Recht! Wir machen hier gerade auch eine Neubestimmung. Im Fall des MSC haben wir in einigen Fällen wissenschaftlich untermauert, wo das System versagt. Aber deshalb muss man nicht gleich den ganzen MSC in Frage stellen, sondern ihn weiterentwickeln. Wer einmal geglaubt hatte, dass Ökosiegel die einzige Lösung sein könnten, der mag enttäuscht sein. Trotzdem brauchen wir solche Systeme, um Märkte zu verändern.

● die wachstumskritische Bewegung ist vor allem für junge Leute attraktiv. Kann das auch eine Frischzellenkur für die großen Verbände sein?

Unter Umständen ja. Allerdings zeigt uns die Erfahrung, dass viele der Leute, die da zusammenkommen, kein gesteigertes Interesse haben, sich an einen großen Verband zu binden. Aber wir beobachten natürlich sehr genau, was da läuft. Inhaltlich gibt es im Übrigen viele Übereinstimmungen, zum Beispiel mit den “Ende-Gelände-Braunkohle-Protesten”. Auch der WWF fordert ein sofortiges Moratorium für die Erschließung neuer Braunkohle-Abbauflächen und einen zügigen wie sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

© Eva-Maria Lopez | vorgarten 11; degrowth | Deutschland 2017

● die Grundannahme der Postwachstums-Bewegung, dass auf einem begrenzten Planeten unendliches Wachstum nicht möglich ist, leuchtet erst mal ein…

Das sehen wir auch so und befassen uns deswegen intensiv mit Commodities (Waren und Rohstoffe), die den Planeten besonders stark belasten. Mit Studien hat der WWF belegt, dass wir zum Beispiel beim Fleisch oder bei bestimmten Agrarrohstoffen die Grenzen der Tragfähigkeit überschritten haben. Das ist besonders bei Soja oder Palmöl der Fall. Dort ist nicht nur die schiere Menge das Problem, sondern die Tatsache, dass diese Agrarrohstoffe in den Tropen angebaut werden, auf Kosten der biologisch reichsten Ökosysteme der Welt.

● brauchen wir auch absolute Obergrenzen oder einen globalen Landnutzungsplan, zum Beispiel für Palmöl?

Wir haben ja keine Weltregierung, deshalb wird eine globaler Landnutzungsplan nicht durchsetzbar sein. Auf regionaler Ebene, bei unseren Konzepten für bestimmte Regionen, spielt Landnutzungsplanung dagegen eine wichtige Rolle.
Was allerdings selten funktioniert, ist einfach nur Verzicht zu predigen – auch wenn klar ist, dass unser Planet Grenzen hat und unser ökologischer Fußabdruck schon viel zu groß ist. Wir brauchen ja schon heute 1,6 Planeten. Ich bin der Überzeugung, dass die notwendigen Konsequenzen daraus eher als Qualitätsangebot und nicht in erster Linie als Einschränkung kommuniziert werden sollten.
Beim Fleischkonsum haben wir schon einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel eingeleitet. Mit der Aussage “weniger, aber dafür besseres, weil natur- und tierverträgliches Fleisch” wird heute niemand mehr geschockt. Wir thematisieren den Fleischverbrauch offensiv und erhalten dafür überwiegend positives Feedback. Im Übrigen haben wir auch eine WWF interne Policy, dass bei unseren Veranstaltungen vegetarisches Essen angeboten wird – auch das kommt immer gut an!

Das BIP als Wohlstandsindikator ist ein Aberwitz

● ist das BIP als Wohlstandsindikator noch zeitgemäß?

Natürlich nicht! Das ist ja ein Aberwitz: Naturzerstörung wird beim BIP sogar belohnt.

● die großen Umweltverbände könnten gemeinsam eine andere Wohlstandsmessung durchsetzen…

Das ist eine gute Anregung, allerdings müssten dann auch andere gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmensverbände und wissenschaftliche Institute mitziehen, sonst kriegt man das nicht durchgesetzt. Der WWF würde sich einer solchen Initiative aber nicht verschließen.

● muss ein Umweltverband öko und sozial zusammendenken?

Sicher, sonst fehlt uns bei vielen Themen die gesellschaftliche Akzeptanz. Nehmen wir den Kohleausstieg. Der WWF thematisiert gerade öffentlich, wie unterambitioniert das Kohleausstiegs-Szenario der Bundesregierung ist – im Verhältnis zum Pariser Abkommen. Wir fordern einen deutlich ambitionierteren Ausstiegspfad – aber stets versehen mit dem Attribut sozialverträglich.
Wir wollen uns jetzt verstärkt in der Diskussion um Braunkohle engagieren und haben uns daher ausführlich mit der sozialen Situation und den demografischen Kennzahlen der Beschäftigten in der Region auseinandergesetzt. Der Ausstieg kann nach den uns vorliegenden Fakten von der Gesellschaft sozialverträglich abgefedert werden. Außerdem werden auch in Zukunft viele Arbeitskräfte für Rückbau und Rekultivierung benötigt.

● was sind die relevanten Zukunftsthemen für die Umweltverbände?

Wir unterschätzen als Gesellschaft noch immer die Bedeutung der biologischen Vielfalt. Von dem zurzeit stattfindenden dramatischen Verlust werden wir uns in Millionen Jahren nicht erholen und deshalb gehört das Artensterben verstärkt auf die politische Agenda.

Axel Kirchhof / Greenpeace

Wolfgang Lohbeck arbeitete über 30 Jahre bei Greenpeace, u.a. als Leiter der Verkehrskampagne. Für Greenpeace entwickelte er 1985 den „SmILE“, einen modifizierten Renault Twingo, der auf 100 Kilometer drei Liter verbrauchte. Der weltweit erste FCKW- und FKW-freie Kühlschrank geht auch auf Wolfgang Lohbeck zurück.

Wolfgang Lohbeck

Umweltverbände sollten was riskieren

Greenpeace startete laut Wolfgang Lohbeck als Teil einer durchaus systemkritischen Bewegung. Der Kampf gegen dreckige Flüsse bedeutete für ihn auch „eine Art von Kapitalismuskritik“. Erst später habe sich Greenpeace mehr und mehr auf die Umweltaspekte fokussiert.

Was eine Zusammenarbeit der Umweltverbände mit der Wirtschaft angeht, ist der Vater des Drei-Liter-Autos skeptisch. Dabei bestehe die Gefahr, sich zu sehr um Detailverbesserungen zu bemühen und das große Ganze aus dem Auge zu verlieren, nämlich in seinem Fall das „durchaus perverse Fortbewegungsmittel Auto insgesamt“.

Der Greenpeace-Experte wagt auch einen Blick in die Zukunft der Umweltverbände. Dort könnten „kleine Ausgründungen“ entstehen, „Organisationen mit Pioniergeist, die Probleme wieder kontroverser auf den Punkt bringen“.

denkhausbremen: waren Umweltverbände wie Greenpeace früher systemkritischer?

Wolfgang Lohbeck: Das kann man so sagen, zumindest war der Konflikt mit „dem System“ offensichtlicher als heute. Allerdings hat sich dieses „System“ damals auch mit den drastischen Umwelt-Schweinereien deutlicher manifestiert, sozusagen direkt am Abflussrohr. Für mich waren die dreckigen Flüsse, gegen die Greenpeace damals gekämpft hat, auch eine Art von Kapitalismuskritik. Alle, die bei Greenpeace waren, hatten in irgendeiner Art und Weise einen systemkritischen Ansatz, und nach meinem Verständnis war Greenpeace in seinen Anfangszeiten eindeutig Teil einer systemkritischen Bewegung. Greenpeace sagte damals selbst, es geht uns um die Wale als Symbol für das große Ganze. Wie gehen wir eigentlich um mit Natur?

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass sich die allerersten spektakulären Greenpeace-Aktionen gegen Atom gerichtet hatten. Und die Atomdiskussion war natürlich nicht nur eine reine Umweltdiskussion, sondern reichte in die Friedensbewegung hinein und hat bis heute eine antimilitaristische Komponente, so wie man ja auch nicht zwischen „friedlichem“ und „militärischem“ Atom unterscheiden kann. Es ging, und geht eigentlich auch heute noch, also um sehr viel mehr als „nur“ Umweltschutz.

© Eva-Maria Lopez | o.T.; degrowth | Paris 2017

und wie hat sich Greenpeace dann weiter entwickelt?

Nun, die konkreten Konflikte drehten sich nun mal um Umweltaspekte, und da war es eigentlich absehbar, dass sich die Sicht mehr und mehr darauf verengen würde. Vielleicht haben daran aber auch die Akademiker ihren Anteil, die zunehmend zu Greenpeace kamen und das damals beginnende Konferenzwesen rund um das Umweltthema.
Das war nicht immer so. Harald Zindler war Herz und Motor, und der war eben kein Akademiker, sondern Elektriker. Der hatte, zusammen mit dem Fischer Östmann, gegen die Vergiftung der Elbe protestiert und Greenpeace gezeigt, wie man Aktionen macht, und die haben sich nicht nur um das Thema Umwelt gedreht.

Die spätere thematische Verengung finde ich persönlich bedauerlich. Nach meiner Vorstellung hätte Greenpeace z.B. damals auch den Irakkrieg zum Thema machen sollen. Das ist unter dem Hinweis “Greenpeace doesn’t take sides” (Greenpeace macht sich nicht mit einer Seite gemein, so der damalige Geschäftsführer von Greenpeace International) abgelehnt worden. Aber so sehe ich das nicht, im Gegenteil. Natürlich sollte Greenpeace sich mit einer Seite „gemein“ machen, nämlich mit den Opfern des Systems, den Schwachen, der schutzlosen Natur ebenso wie, in diesem Fall, dem Völkerrecht. Es wäre ja nicht darum gegangen, Partei für Saddam Hussein oder die USA zu ergreifen.

Es ging um die Wale als Symbol für das große Ganze

Aber zu viele waren dagegen. Auch so intelligente Leute wie der Friedensforscher Horst Eberhard Richter oder SPD-Urgestein Freimut Duve, die ich damals wegen des Irak-Krieges interviewte, waren der Meinung, Greenpeace sei eine Umweltorganisation und solle sich deshalb nicht zu Krieg und Frieden äußern: Schuster bleib bei deinen Leisten. Aber die Hauptgegnerschaft gegen einen umfassenderen Ansatz von Greenpeace, der sich z.B. auch dem „Peace“ im Namen verpflichtet fühlen würde, kam von innerhalb: Bemerkenswerterweise umso stärker, je näher man der Leitungsebene kam, wie eine wissenschaftliche Studie des Hamburger Friedensforschungsinstituts IFSH herausgefunden hat.

● 1992 gab es die große Umweltkonferenz in Rio. Auf welche Resonanz ist das bei Greenpeace gestoßen?

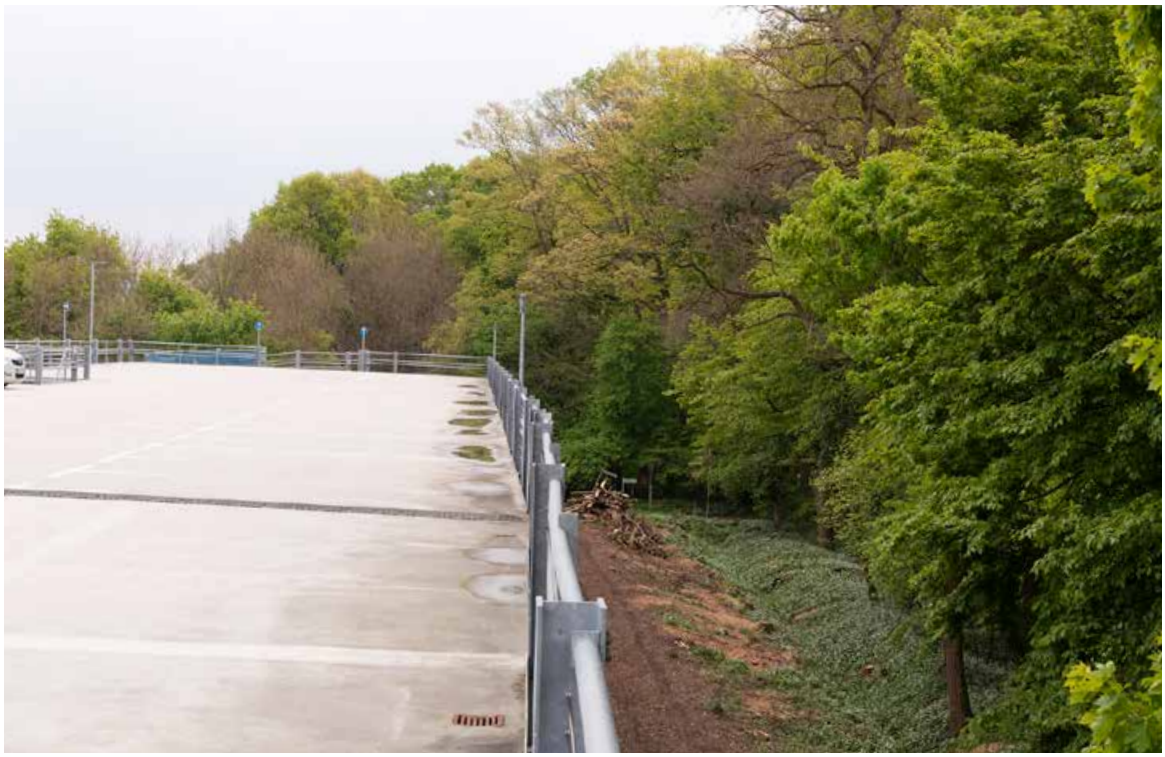
Auf keine besondere. Natürlich fühlten wir uns grundsätzlich in unseren Anliegen bestärkt. Aber der Prozess der „Akademisierung“ und der Reduzierung von „Umwelt“ auf ein eingegrenztes „wissenschaftliches“ Sachgebiet wurde damit wesentlich vorangetrieben, eine Fehlentwicklung.

● wie hat sich die Evolution von Greenpeace auf Entscheidungsstrukturen ausgewirkt? Gab es am Anfang Hierarchien?

Das habe ich in der Innenansicht, gerade in der Anfangszeit, so nie wahrgenommen. Hierarchien waren eher informell, Ideen für Aktionen wurden in der Gruppe oder „auf dem Flur“ entwickelt. Strukturen spielten eigentlich keine große Rolle, die sind erst später eingeführt worden. Es gab natürlich starke Persönlichkeiten, die stilprägend waren, wie Harald. Irgendwann ist dann die Bedeutung von Gremien, etwa des Vereinsvorstands, größer geworden. Aber das mußte auch so sein, denn es gab erste Krisen.
Es wurden dann weitere Hierarchieebenen eingezogen und die internen Abläufe sind immer weiter formalisiert worden. Das war bei der wachsenden Zahl der Mitarbeiter und den neuen Aufgaben etwa auf der europäischen Bühne zwar nötig und auch nützlich, um Fehler zu vermeiden. Es hat aber auch den Enthusiasmus der Mitarbeiter gebremst, denn die Chance auf Umsetzung der eigenen Ideen wurde dadurch sehr überschaubar.

● wie hat diese Entwicklung Greenpeace verändert?

Heute wird vorausgesetzt, dass Informationen von Greenpeace verlässlich sind, und bei großen UN-Konferenzen gehören wir zum Inventar. Wir sind „seriös“ geworden. Mit zunehmender Reputation wurde natürlich auch die Gefahr größer, mit einer unbedachten oder vergeigten Aktion von den Medien in Grund und Boden geschrieben zu werden. Vielleicht kann man sagen, dass wir früher mutiger waren, aber man muß auch sehen, dass wir nicht so viel zu verlieren hatten. Wir hatten nicht das Image des Perfekten, eher im Gegenteil, und konnten damit ganz gut leben. Wenn mal ein Bannerspruch nicht ganz so treffend war, wurde uns das nachgesehen, denn so oder so waren wir ja doch „die Guten“, und die einzigen, die sich dem System der Zerstörung direkt entgegen stellten.



© Eva-Maria Lopez | o.T.; degrowth | Deutschland 2017

sie sind der Vater des sogenannten 3-Liter-Autos, dass jetzt sogar im Deutschen Museum in München seinen festen Platz gefunden hat. Wie ist das entstanden?

Wir wollten die Wut der Autofahrer auf die Autohersteller lenken. Obwohl wir auch grundsätzlich was gegen Autos hatten, war unser Impuls, erstmal dafür zu sorgen, dass die Autos, die rumfahren, wenigstens den aktuell machbaren technischen Standard einhalten. Und dann sind wir nach intensiver Recherche auf das Thema „Hochaufladung“ gekommen und haben den SmILE (Small – Intelligent – Light – Efficient) gebaut. Wir hatten bewiesen, was wir wollten: Auch ein ganz „normales“ Auto muss nicht mehr als zwei bis drei Liter verbrauchen. Letztendlich konnten wir die Autoindustrie damit aber nicht in Defensive drängen. Denn diese hat dann unsere Technik übernommen, aber die höhere Effizienz nicht in sparsamere, sondern größere Autos gesteckt. Infolgedessen fahren jetzt wohnzimmergroße SUVs auf unseren Straßen, die vielleicht neun Liter Diesel verbrauchen und sich „umweltfreundlich“ nennen, eine obszöne Entwicklung. Früher hätten solche Autos natürlich 20 Liter und mehr geschluckt.

der Dialog mit der Industrie kann für Umweltverbände eine schmaler Grat sein? Was sind Ihre Erfahrungen?

Unser Erfolg mit dem SmILE führte dazu, dass ich persönlich zu allerlei Sustainability-Gesprächen eingeladen wurde. Dort ist es dann möglich, wie im Fall von Daimler, sich direkt mit dem Vorstand auszutauschen und Kritik unmittelbar in der Führungsetage zu platzieren. Das ist natürlich gut. Persönlicher Kontakt hat mich als Umweltschützer aber vielleicht auch geschwächt. Möglicherweise fällt es mir schwerer, mit Konzernen öffentlich hart ins Gericht zu gehen, wenn ich noch vor kurzem mit dessen Vorstand am Besprechungstisch gesessen habe.

Vor allem aber läuft man Gefahr, sich allzu sehr in die „Niederungen“ der kleinen Detailverbesserungen zu begeben und das große Ganze aus dem Auge zu verlieren. Also etwa, ein Beispiel, einem Abgasziel von „95 Gramm CO2/km“ (EU- Grenzwert) zur Durchsetzung zu verhelfen, wo es doch um das durchaus perverse Fortbewegungsmittel „Auto“ insgesamt geht.

● letztendlich ist Greenpeace sehr erfolgreich und hat mittlerweile mehr Förderer als die SPD Mitglieder.

SPD ist ein gutes Stichwort. Immer wenn die Sozialdemokratie sich in der politischen Mitte eingerichtet hatte, etablierten sich linke Abspaltungen. In den 20er Jahren die USPD, in der Neuzeit die WASG oder die Linke. Vielleicht werden große Umweltorganisationen das gleiche erleben: Es entstehen kleine Ausgründungen. Organisationen mit Pioniergeist, die Probleme wieder kontroverser auf den Punkt bringen, als es vielleicht große Verbände können. Auch auf die Gefahr hin mal öffentlich Prügel zu kassieren. So eine neue Bewegung würde vielleicht auch mal Leute anziehen, die bereit sind, persönlich für eine Sache ins Risiko zu gehen.

● und welchen Kampagnen-Themen sollten kontroverser auf den Punkt gebracht werden?

Ein Mobilitätskampagne müsste eben leider auch die Autofahrer angreifen, nicht nur Industrie oder Politik. Sie sind zwar auch die Opfer, weil Sie im Stau stehen, aber sie sind auch der Stau. Davon lassen die großen Verbände aber bislang die Finger, weil der Besitz von schweren Autos ausgerechnet bei ihren eigenen Unterstützern überproportional ist. Das sind halt Leute mit guter Ausbildung und guten Jobs, und die fahren oft auch dicke Karren.

● und wie könnte Umweltpolitik aussehen, die nicht über den Geldbeutel geführt wird, wie bei der "5 Euro für den Liter Sprit Debatte", und alle gleichermaßen trifft?

Das System Auto: brutal, vernunftwidrig, auf Kosten aller

Da fällt mir auf Anhieb das Tempolimit ein, davon wären alle Autofahrer betroffen. Aber auch „das System Auto" als ganzes, so wie es sich heute darstellt: Brutal, gewalttätig, vernunftwidrig, auf Kosten aller. Kampagnen dazu wurden aus meiner Sicht immer nur halbherzig geführt, wären aber dringend notwendig. Dazu müsste viel mehr gearbeitet werden. Es gibt hervorragende Analysen, wie von Wolfgang Zängl in seinem Buch "Rasen im Treibhaus – warum Deutschland ein Tempolimit braucht". Es bräuchte bei den Ökoverbänden dazu aber einen längeren Atem als bisher und das Verständnis, dass es nicht „nur" um Umweltschutz geht.

● kann die wachstumskritische Debatte eine Frischzellenkur für die Umweltverbände sein kann?

Ich denke schon und es wäre schön, wenn z.B. Greenpeace da einsteigen würde. Im Augenblick sind die Zeiten schlimm, mit unzähligen Kriegen und wachsendem Rechtspopulismus, der durch einen Trump nochmals einen ordentlichen Schub bekommen hat.

Aber auf jede Aktion folgt ja irgendwann eine Reaktion: Vielleicht wächst ja gerade dadurch die Bereitschaft, etwas völlig Neues zu machen: Es sollte erkannt werden, dass sauberes Wasser und saubere Luft zwar unverzichtbar sind, auch als Kampagnen-Gegenstand, aber nur dann wirklich für alle erreichbar, wenn es gegen „das System" geht: In einem ungehemmten weltweiten Kapitalismus kann es keine intakte Umwelt geben, ausser in privilegierten Nischen. Aber ich glaube, Greenpeace ist da eigentlich auf dem richtigen Weg, manchmal ist es ihnen selbst vielleicht gar nicht so klar. Die Umweltbewegung muss jetzt erstmal das Wachstums-Thema annehmen. Das sehe ich zwar noch nicht konkret, aber es wird kommen.

Und Greenpeace ist immer noch in der Lage tolle Aktionen zu machen. Nach der Amtsübernahme von Trump haben Aktivisten direkt vor dem Weißen Haus das Banner "RESIST !" gehängt. Das war eine starke Aktion und die richtige Botschaft..

NaturFreunde Deutschland

Michael Müller ist Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands. Von 2005 bis 2009 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und von 1998 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Michael Müller

Herausforderung Ein-Drittel-Gesellschaft

Der NaturFreunde-Vorsitzende bemängelt, dass die politischen Parteien derzeit keine Theorie für eine ökologisch ausgerichtete Wachstumskritik oder gar programmatische Alternativen zu bieten haben: „Vieles ist noch zu sehr in der alten Welt. “Müller bedauert, „dass die Mehrheit der Umweltverbände keine politische Rolle spielen will - auch aus Angst, ihre finanziellen und ‚kulturellen’ Grundlagen zu gefährden“.

Die NaturFreunde seien schon vor Erscheinen des „Club of Rome“-Berichtes 1972 wachstumskritisch gewesen, auch wenn das in der Arbeiterbewegung nicht immer einfach gewesen sei. Auch innerhalb der SPD habe es früher kritische Debatten über das Wachstum gegeben, sogar der damalige Bundeskanzler Willy Brandt habe sich wachstumskritisch geäußert.

Wenn es nach Müller geht, sollten sich die Verbände noch stärker politisch einmischen und eine neue „außerparteiliche Opposition“ (APO) bilden, wie er sie nennt. Er schlägt vor, die verschiedenen Wende-Szenarien in den Bereichen Energie, Verkehr, Agrar und Chemie zu einer Gesamtstrategie zu verbinden. Die Verbände müssten sich zudem für mehr demokratische Teilhabe und Transparenz einsetzen, da inzwischen nur noch ein Drittel der Menschen die Gesellschaft mittrage.

denkhausbremen: ich würde gerne mit Ihnen über die Geschichte der Umweltbewegung in Deutschland sprechen. Was sind Ihre persönlichen Erfahrungen?

Michael Müller: Ich selbst bin seit 1968 mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigt, zunächst innerhalb der Studentenbewegung. Dort wurde das sehr distanziert, manchmal sogar abwertend gesehen, weil die prägenden Themen der Studentenbewegung eher Macht und Herrschaft, der Konflikt zwischen Ost und West sowie die Aufarbeitung des Nationalsozialismus waren. Auch die Freunde aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) konnten mein Interesse für das Thema Umwelt nicht nachvollziehen. Anfang der 70er Jahre habe ich dann Freunde von mir wie Jo Leinen oder auch Petra Kelly mit zu den Demonstrationen gegen Atomkraftwerke geholt. Aber damals, bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre, war das ein Außenseiterthema.

Im Kern steht ökologisches Denken in Kreisläufen und Begrenzungen in einem gewissen Gegensatz zu der Philosophie des Fortschritts, wie sie im Marxismus, oder was auch immer zu der Zeit eine Rolle gespielt hat, vertreten wurde. Die Ökologie-Bewegung war damals eine bürgerliche Debatte. Es gab auch Rechte mit einem nationalistischen Denken. Manche von denen, die damals eine Rolle gespielt haben, gehörten eher in die Kategorie „Blut und Boden“.

Eckhard Stengel, Bremen

ein markantes Datum für die wachstumskritische Debatte war der Bericht „Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome von 1972. Ist diese Veröffentlichung bei den Naturfreunden damals auf Resonanz gestoßen? Haben Sie einen Überblick, wie sich die Naturfreunde damals zum Wachstumsthema verhalten haben?

Die Naturfreunde waren schon vor dem Bericht des Club of Rome in dieser Richtung unterwegs und haben ihren ersten Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie bereits 1953 gefasst. Ausgehend von der Debatte um Militärwaffen haben die Naturfreunde auch die zivile Nutzung gesehen und gesagt: Nein zur Atomenergie. Bei unserer ersten großen Umwelt-Demonstration 1961 anlässlich der Bundesgartenschau in Stuttgart gingen 30 000 Menschen gegen die Ausbeutung der Natur und gegen die Ausbeutung der Menschen auf die Straße. Sie richteten sich dabei auch gegen das Fortschrittsverständnis der Linearität, gegen die Philosophie einer ständigen Vorwärtsbewegung der Gesellschaft, die im jüdisch-christlichen Glauben in Europa ihren Ursprung hat. Dieses Verständnis von Fortschritt haben wir schon damals, Anfang der 60er Jahre, als falsch angesehen.

● in den 90er Jahren wurde nach dem Umweltgipfel in Rio das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in die politische Debatte eingeführt, das Ökologie, Soziales und Ökonomie miteinander verbinden sollte. Unser Eindruck ist, dass damals bestehende systemkritische Ansätze bei den Umweltverbänden in den Hintergrund geraten sind. Was ist Ihr Eindruck?

Ich habe das damals kritisiert. Es gab damals eine in der Frankfurter Rundschau dokumentierte Kontroverse zwischen Klaus Töpfer, der sehr stark auf Konsens orientiert war, auf der einen und mir mit sehr vielen Zweifeln an dieser Linie auf der anderen Seite. Auch heute glaube ich, dass damals in Rio zentrale Kategorien wie Interessen, Macht und Systemfragen nicht berücksichtigt wurden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikte geriet das stark in den Hintergrund.

Damals gab es in der SPD kritische Debatten über Wachstum

Ich war auch über Volker Hauff etwas enger an der Erstellung des Brundtland-Berichtes von 1984 bis 1987 beteiligt und hatte damals viel Kontakt zu Willy Brandt, der Gro Harlem Brundtland zur Vorsitzenden der zuständigen UN-Kommission gemacht hat. Weil Willy Brandt damals innenpolitisch den Streit mit der Bundesregierung unter Helmut Schmidt vermeiden wollte, hat er im Ausland deutlicher über Wachstumskritik gesprochen als hier in Deutschland. Es gab jedoch auch innerhalb der SPD zum Beispiel im Zusammenhang mit dem „Orientierungsrahmen´85“ eine sehr kritische Debatte über Wachstum.

Dabei war die Wachstumskritik der eigentliche Anlass für die Brundtland-Kommission. Die Kommission hat sich dann für den Begriff der Nachhaltigkeit entschieden, weil sie dahinter die Wachstumsdebatte ein bisschen verstecken konnte. Damals war Wachstumskritik sowohl im Osten wie im Westen verpönt. Das hat sich allerdings mit dem Ende des Systemkonfliktes in den 1990er Jahren und dem Aufkommen der Globalisierungsdebatte verändert – danach wurde auch die Nachhaltigkeit als ein wachstumskritischer Ansatz verstanden, aber ursprünglich war das nicht der Fall.

● wie war das denn damals bei den Naturfreunden, ist der Verband auch in die konsensorientierte Debatte um eine nachhaltige Entwicklung eingestiegen?

Wir waren immer auf der Linie, dass man auch über Wachstum reden muss. Das war natürlich schwierig in der Arbeiterbewegung. Aber wir haben auch Erfolge gehabt. Initiator etwa des großen Kongresses „Qualität des Lebens“, den die IG Metall 1972 veranstaltet hat, war damals Eugen Loderer, der ein aktiver Naturfreund war. Er bekannte sich offen für ein Bündnis der Industriearbeiter mit den Naturschützern.

● in den letzten Jahren ist die wachstumskritische Debatte öffentlich wieder stärker geworden…

Ich habe die aktuellere Wachstumsdebatte als Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings (DNR) mitgeführt und mich bemüht, das Thema auch in die Umweltverbände zu bringen. Die Debatte wurde von einigen Verbänden aufgegriffen und weitergeführt, aber nicht von der Bewegung als Ganzem. Die Diskussionen führten auch dazu, dass wir 2012 einen großen Transformationskongress organisiert haben. Dort haben zum ersten Mal die Umweltverbände gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) über die Grenzen des Wachstums diskutiert, mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen in der Folge.
Ich bedauere, dass wir damals nicht die gesellschaftliche Breite hinbekommen haben, die in der Diskussion notwendig ist. Das hat verschiedene Gründe. Einer davon ist, dass die Mehrheit der Umweltverbände keine politische Rolle spielen will – auch aus Angst, ihre finanziellen und „kulturellen“ Grundlagen zu gefährden. Insofern war es im Kern bislang immer eine Debatte weniger Verbände, zu denen insbesondere die Naturfreunde und der BUND gehören.

sie waren u.a. Staatssekretär im Umweltministerium, zugleich kennen Sie die Welt der NGOs sehr gut. Welchen Rat würden Sie den Umweltverbänden heute geben, um das Thema Wachstumskritik mehr in die Öffentlichkeit zu bringen?

Zunächst müssen sich die Umweltverbände mit dem gesellschaftlichen Kontext auseinandersetzen, denn die Politik befindet sich in einer anderen Welt. Ich spreche aktuell von der „1/3-Gesellschaft“: Das was Gesellschaft heute ausmacht, ist der Konsens von nur noch einem Drittel der Menschen. Denn ein Drittel ist sozial abgeschrieben, ein weiteres Drittel fühlt sich heute abgehängt und macht die „offizielle Politik“ nicht mit. Diese Spaltung, Abgrenzung oder Ausgrenzung können auf Dauer keine Stabilität in der Demokratie erzeugen. Insofern mache ich mir große Sorgen über diese Entwicklung.

Ich finde, dass die Politik heute nicht innovativ ist. In den 80er Jahren etwa hatten wir noch wichtige politische Kontroversen, etwa zwischen Helmut Schmidt und Erhard Eppler. Heute gibt es das nicht mehr! Ich kenne keine Partei im Bundestag, die die Theorie für eine ökologisch ausgerichtete Wachstumskritik entwickelt und programmatisch Alternativen begründet. Ich erinnere mich noch an Debatten bei den Grünen, wo Cem Özdemir oder auch Winfried Kretschmann den Freihandel genauso verteidigt haben wie die Repräsentanten der anderen Parteien. Manche sind erst umgeschwenkt als sie gemerkt haben, dass viele Umweltverbände anderer Auffassung sind.

Es gibt allerdings kaum jemanden, der eine sozial-ökologische Transformationsstrategie auch theoretisch unterfüttert. Das liegt auch daran, dass der Transformationsbegriff nicht geklärt ist. Ich sehe leider weder bei einem Großteil der Umweltverbände noch in der Politik die theoretische Fähigkeit, die Tragweite der Herausforderung, als – wie es bei dem Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi hieß – Folge der „Entbettung der Ökonomie“ aus den gesellschaftlichen Bindungen – zu erkennen. Vieles ist noch zu sehr in der alten Welt. Deshalb war die größte Überraschung des letzten Jahres für mich, dass die Ökologie zwar von niemandem mehr in Frage gestellt wird, dass sie aber trotzdem an Bedeutung verliert.

© Eva-Maria Lopez | SDF 64; degrowth | Paris 2017

Es gibt in der Gesellschaft eine Stimmung, die den Neoliberalismus zum Kippen bringt

● hätten Sie dennoch Ideen, wie die Verbände das Wachstumsthema in der Öffentlichkeit stärker machen könnten?

Ob das gelingen kann hängt davon ab, ob die Umweltverbände das gemeinsam machen. Aus meiner Sicht müssten sie zu einer Art APO, also außerparteiliche Opposition, werden, die die Parteien von außen unter Druck setzt, aber zugleich politisch in Parteien mitarbeitet – nur so sehe ich die Chance, dass diese sich verändern. Wichtig wäre erstens, dass die verschiedenen Wende-Szenarien, die Energiewende, Verkehrswende, Agrarwende, Chemiewende zu einer Gesamtstrategie verbunden werden. Zweitens sollten die Umweltverbände die Frage des Ausbaus der Demokratie in Themen wie Partizipation und Transparenz bündeln und eine gemeinsame Position vertreten. Und drittens wäre es gut, wenn sie begreifen, dass die eigentliche Herausforderung der Transformation nicht in der Zusammenarbeit mit Unternehmen liegt, sondern beim Thema soziale Gerechtigkeit. Wenn die Menschen den Eindruck haben, das läuft nicht gerecht ab, dann haben wir mit unserer Transformationsstrategie keine Chance. Positiv ist: Immerhin gibt es in der Gesellschaft eine Stimmung, die den Neoliberalismus zum Kippen bringt.
Die schon erwähnte Ein-Drittel-Gesellschaft zeigt die politischen Grenzen auf, wir müssen uns neu orientieren. Es besteht zumindest die Chance, dass sie zu einem Bündnis von sozialem und ökologischem Denken führt.

Privat

Helmut Röscheisen war von 1980 bis 2014 Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR), der Dachorganisation der bundesdeutschen Umweltverbände mit rund 100 Mitgliedsverbänden und über fünf Millionen Mitgliedern.

Helmut Röscheisen

Umweltschutz und Gerechtigkeit gehören zusammen

„Eine Gesellschaft ohne Wachstum ist eine 180-Grad-Umkehr“, findet Helmut Röscheisen. Selbst das Konzept der Nachhaltigkeit sei inzwischen weitgehend von der Ökonomisierung erfasst, wirtschaftliches Denken wirke „bis in die letzten privaten Bereiche hinein.“

Röscheisen möchte, dass sich die Umweltverbände nicht auf reine Umweltthemen beschränken, sondern auch die „krass ungleiche Vermögensverteilung“ zum Thema machen und Alternativen wie das bedingungslose Grundeinkommen ansprechen. Solange sich die Umweltbewegung vorwiegend aus Angehörigen der Mittelschicht zusammensetze, falle es allerdings schwerer, den Blick für soziale Ungerechtigkeit zu schärfen.

Viele Umweltverbände sind nach Ansicht von Röscheisen eher überaltert. Wichtig sei es, sich um den Nachwuchs zu kümmern: „Die Frage nach ökologischen Lebensstilen und die Wachstumsdebatte als solche bieten da schon einige Brücken, um junge Leute für die eigene Arbeit zu begeistern.“

● denkhausbremen: sie haben den Deutschen Naturschutzring (DNR) von 1980 bis 2014 als Generalsekretär geführt. In den 1970er und 80er Jahren gab es eine Phase, in der verstärkt auch Wachstums- und Systemkritik geübt wurde. "Die Grenzen des Wachstum" vom Club of Rome wurden 1972 veröffentlicht und haben Fragen nach Wirtschaftsmodell und Lebensweise in eine breitere Öffentlichkeit gebracht. Wurde die Wachstumsfrage damals auch im DNR diskutiert?

Helmut Röscheisen: Das war damals noch kein Thema. Der DNR hatte andere interne Probleme überhaupt handlungsfähig zu werden. Eine Herausforderung für den DNR war, dass er nicht nur Dachverband von Natur- und Umweltschutzorganisationen war, sondern damals stark geprägt von Organisationen, die die Natur genutzt haben – Jäger, Fischer, Wanderer, Reiter. Eine kritische Haltung zur Atomenergie, Kritik an der Massentierhaltung, das war zu der Zeit kaum möglich. Forderungen nach grundlegenden Veränderungen wie die Frage nach dem Wirtschaftswachstum waren tabu und wurden nicht thematisiert.

Aus den anderen Umweltverbänden gab es schon kritische Stimmen, wie an der Atomenergie und ein bisschen auch am Wirtschaftssystem. Diese kamen vor allem aus den sehr aktiven Bürgerinitiativen und deren Bundesverband BBU sowie auch aus dem damals noch jungen BUND.

● im Laufe der 80er wurden die Grünen gegründet, und das Umweltministerium etabliert. Auch der BUND und andere Verbände sind in dieser Zeit erst entstanden. 1992 prägte die UNCED-Konferenz in Rio das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Rio als Versuch, mit der bestehenden Logik die Probleme zu entschärfen

Das ging damals alles in Richtung grünes Wachstum. Es gab noch nicht diese Grundsatzfrage, ob man Wachstum überhaupt braucht oder ob man auch mit einem Wirtschaftssystem ohne Wachstum auskommt. Zumindest auf der offiziellen Rio-Konferenz war das kein Thema. Ich würde es eher als Versuch bezeichnen, mit den bestehenden Unternehmensformen und der bestehenden Logik die Probleme zu entschärfen.
Im Nachgang von Rio ist das Forum Umwelt und Entwicklung entstanden, das beim DNR angesiedelt ist und bis heute die wichtige Aufgabe hat, den Nachfolgeprozess zu betreuen.

● sehen Sie denn in der stärkeren Einbindung von Unternehmen auch Chancen für den Umweltschutz oder birgt das vor allem Risiken?

Das ist sehr unterschiedlich. Unternehmen sind natürlich auf die bestehenden Rahmenbedingungen angewiesen. Sie haben sicher einen gewissen Spielraum, den sie nutzen können. Es ist aber schwierig innerhalb eines Wirtschaftssystems, das klar auf Wachstum und maximale Renditen ausgerichtet ist, einen Kurs zu fahren, der ohne Wachstum auskommen möchte. Wenn sie das dennoch machen wollen, dann sind sie aus meiner Sicht natürlich immer willkommene Gesprächspartner.

● hat der DNR mit Unternehmen zusammengearbeitet?

Punktuell gab es das schon. In den 2000er Jahren hatten wir eine längere und enge Kooperation mit der Assoziation ökologische Lebensmittelhersteller (AeoL), die Produkte aus dem Ökolandbau verarbeiten. Das sind eher kleine und mittelständische Unternehmen mit denen es gemeinsame oder ähnliche Interessen gab. Wir wollten die biologische Vielfalt schützen, die zugleich Grundlage für die Produkte dieser Unternehmen ist. Eine Kooperation von Unternehmen und Umweltverbänden sollte jeweils geprüft werden und kann im Einzelfall durchaus sinnvoll sein.

noch einmal zurück zu Rio. Wie hat sich die Konferenz auf die umweltpolitische Debatte ausgewirkt?

Mit zeitlicher Verzögerung wirkte sich der Begriff der nachhaltigen Entwicklung auf viele Bereiche aus. Es gab schon eine gewisse Aufbruchstimmung. In der Landwirtschaft gab es eine Hinwendung zum ökologischen Landbau, in der Energiewirtschaft einen Schwenk zu den erneuerbaren Energien, weg von Atomenergie und fossilen Brennstoffen. Beim Thema Ressourcen wurde die Effizienz wichtiger. Im Verkehrsbereich steht die Wende immer noch aus: Viele fahren zu große Autos oder benutzen den Flieger, auch unter Umweltschützern.

© Eva-Maria Lopez | o.T.; degrowth | Paris 2017

der Begriff Nachhaltigkeit ist weitgehend zu einer Worthülse geworden. Seit einigen Jahren nimmt die Debatte um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch unter Stichworten wie „Degrowth“ und „Postwachstum“ wieder neue Fahrt auf. Wie schätzen Sie diese Diskussion ein? Kann das auch beim DNR eine Rolle spielen?

Nachhaltigkeit ist fast vollständig ökonomisiert

Ich würde sogar noch weitergehen und behaupten, dass aus der Nachhaltigkeit eine Art Gegenentwicklung entstanden ist. Sehen Sie sich an, wie weit das Prinzip der maximalen Selbstverwirklichung und -optimierung zu Lasten des Gemeinwohlprinzips vorangeschritten ist. Das ist erschreckend. Es wird deutlich, dass nicht nur der Nachhaltigkeitsbegriff von der fortschreitenden Ökonomisierung fast vollständig erfasst wurde, sondern dass wirtschaftliches Denken inzwischen bis in die letzten privaten Bereiche hinein wirkt.

Eine Gesellschaft ohne Wachstum ist eine 180-Grad-Umkehr. Wir haben im DNR verschiedene Ansätze verfolgt. Ein Versuch war, das Konzept der sog. „2 000–Watt-Gesellschaft“, das pro Kopf einen maximalen Primärenergieverbrauch von 2 000 Watt vorsieht. Wir haben in Deutschland derzeit einen Verbrauch von etwa 8 000 Watt, also Faktor vier. Dieses Modell haben wir im DNR nach langer Diskussion verabschiedet. Es blieb dann aber ein Stück Papier, weil die Mitgliedsverbände, mit Ausnahme des BUND und der Naturfreunde, nicht bereit waren, das richtig umzusetzen.

● wachstumskritische Konferenzen haben besonders unter jungen Leuten großen Zulauf...

Eines meiner Ziele als Generalsekretär des DNR war es, eine Art Nachwuchsförderung für die gesamte Umweltbewegung aufzubauen. Ich bin der festen Überzeugung, dass gut ausgebildete junge Menschen am ehesten in der Lage sind, die notwendigen weitreichenden Änderungen anzuschieben. In dem Programm „Zukunftspiloten" haben wir bisher 160 Leute ausgebildet, mit ihnen diese entscheidenden Fragen diskutiert und sie in die Lage versetzt, die gewonnenen Erkenntnisse auch anzuwenden. Bis sich das dann in der Breite durchsetzt, das dauert natürlich.

Völlig klar ist auch, dass es für einen sozial-ökologischen Wandel die richtigen Partner braucht, auch von außerhalb der Umweltbewegung. Aus diesem Grund haben wir, mit Initiative von Michael Müller, gemeinsam mit dem DGB und der evangelischen Kirche 2012 einen Transformationskongress veranstaltet. Dort ging es genau um diese Frage, wie wir das Wachstumsthema in die Organisationen hineinbringen können. Das war allerdings eine Kopfgeburt, von oben nach unten- mit der Gefahr, dass der Prozess schnell versiegt, wenn die Köpfe einmal nicht mehr da sind.

● welchen Eindruck haben Sie? Könnte diese Debatte in Zukunft noch an Fahrt gewinnen? Was bedeutet das konkret für die Umweltverbände?

Es geht für die Verbände nicht zuletzt darum, Nachwuchs zu werben. Viele der Umweltverbände sind eher überaltert und haben gewisse Nachwuchssorgen, wie viele andere Organisationen auch. Die Frage nach ökologischen Lebensstilen und die Wachstumsdebatte als solche bieten da schon einige Brücken, um junge Leute für die eigene Arbeit zu begeistern.
Mir macht zumindest Hoffnung, dass gerade die jüngeren Leute in den Städten sich von der Fixierung auf das Auto als Statussymbol lösen. Neben dem Verkehr sehe ich da vor allem das große Thema Landwirtschaft. Dort gibt es den Versuch, die städtische Bevölkerung wieder stärker an den Anbau von Lebensmitteln heranzuführen. Die bewusste Ernährung ist heute einer der starken Trends. Dazu werden Modelle etabliert, um Nahrungsmittel aus der Region und direkt vom Bauernhof zu beziehen. Im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es ähnliche Möglichkeiten.

© Eva-Maria Lopez | Olympiades 03; degrowth | Paris 2010/17

● wie ließen sich diese Diskussionen verstärkt in die Umweltverbände hineintragen?

Meine Erfahrung ist, dass es die jeweiligen Persönlichkeiten sind, die einen Verband und seine Arbeit für eine gewisse Zeit stark prägen können, indem sie Impulse setzen. Über Personen lassen sich dann auch die von Ihnen behandelten Themen in den Verbänden verankern. Ausserdem könnte man wachstumskritischen Menschen aus anderen Bereichen eine Brücke in die Verbände schaffen, etwa durch einen zeitweiligen Mitarbeitertausch. So ließe sich der Austausch zwischen Umweltverbänden und wachstumskritischen Vereinen fördern, beide könnten sich mit ihren unterschiedlichen Perspektiven inhaltlich befruchten.

● sehen Sie konkrete Ansatzpunkte, um soziale Gerechtigkeit und ökologische Themen zusammenzudenken?

Diese Aspekte gehören absolut zusammen. Ich gebe ihnen ein Beispiel, wo das sehr deutlich wird. Gerade gestern habe ich zusammen mit Vertretern des BUND hier in Köln eine Pressekonferenz gemacht, wo es um eine sehr stark befahrene Straße zwischen Bergisch Gladbach und Köln ging. Dort fahren in Spitzenzeiten über 2.500 Autos pro Stunde, davon 200 LKW. Die Lärmbelastung liegt bei 77 dB, bereits ab 65 dB drohen Herz-Kreislauf-Beschwerden. Hinzu kommen Abgase, Stickoxide und Feinstaub. Und wer wohnt an dieser stark befahrenen Gladbacher Straße?

Natürlich sind das Menschen mit geringem Einkommen, und das ist sicher einer der Gründe, warum dort 30 Jahre lang nichts passiert ist. Wenn einflussreiche Leute an dieser Straße wohnen würden, dann hätte es vielleicht längst Änderungen gegeben. Hier wird deutlich, wie Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit unmittelbar zusammenhängen. Und so lange sich die Umweltbewegung vorwiegend aus Angehörigen der Mittelschicht zusammensetzt, fällt es natürlich schwerer, den Blick für soziale Ungerechtigkeit zu schärfen. Dazu fehlen häufig schlicht die Kontakte zu anderen Gruppen und zu anderen sozialen Milieus.

Und der Wahlausgang in den USA ebenso wie andere politische Entwicklungen zeigen deutlich: Wenn man die Interessen eines Großteils der Bevölkerung vernachlässigt, dann brechen diese sich auf andere, verhängnisvolle Weise Bahn. Von den Diskussionen um Wachstum sind die Leute ja noch viel weiter entfernt. Da müssen wir Alternativen anbieten. Und es gibt ja Möglichkeiten wie die Idee für ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie man Menschen sozial auffangen kann, ohne auf grenzenloses Wirtschaftswachstum setzen zu müssen. Da sind wir dann schnell bei der krass ungleichen Vermögensverteilung in diesem Lande, die letztlich auch eine Gerechtigkeitsfrage ist. Diese Themen müssen die Umweltverbände aufgreifen, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein wollen.

NABU / S. Engelhardt

Olaf Tschimpke ist Geograph und seit Juni 2003 Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Darüber hinaus ist er stellvertretender Vorsitzender des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Olaf Tschimpke

Planetarische Grenzen sind entscheidend

Olaf Tschimpke teilt die Wachstumskritik als solche und fordert, den Ressourcenverbrauch deutlich zu reduzieren, etwa durch die Förderung einer „Share Economy“. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist für ihn dabei zentral: „Wenn wir nicht zusehen, dass sich auch Menschen mit niedrigeren Einkommen ein gutes Leben leisten können, dann werden wir am Ende nicht erfolgreich sein.“ Auch politische Projekte wie der Kohleausstieg sollten sozialverträglich gestaltet werden.

Für den Umgang mit Unternehmen gibt der NABU-Präsident das Motto aus: „So viel Kooperation wie möglich, so viel Konfrontation wie nötig.“

Für eine sozial-ökologische Transformation möchte er das nötige Wissen schaffen. Im Forum Nachhaltiges Wirtschaften bei der Bundesforschungsministerin engagiert sich der NABU für die Förderung alternativer Forschungsbereiche, „damit Playern wie BASF und Bayer nicht allein das Feld überlassen wird“. Um sich in eine Debatte einzumischen, müsse man zunächst inhaltlich auf Augenhöhe sein. Die nötigen wissenschaftlichen Kenntnisse gehörten dazu.

denkhausbremen: Sie führen den NABU seit 2003 als Präsident und sind schon seit Jahrzehnten bei diesem Umweltverband aktiv. Lassen Sie uns mit einem Rückblick beginnen. bereits 1972 veröffentlichte der Club of Rome seinen Bericht „Grenzen des Wachstums". Wurde dieses Thema damals auch im NABU diskutiert?

Olaf Tschimpke: 1972 war ich selbst noch nicht hauptamtlich für den NABU tätig. Im Ehrenamt hat das zu der Zeit keine Rolle gespielt, außer im privaten Umfeld derjenigen, die sich dafür interessiert haben. Der NABU hieß noch Deutscher Bund für Vogelschutz und die breitere Themenaufstellung ist erst später erfolgt. Diese geschah unter dem Einfluss der wachsenden Natur- und Umweltschutzbewegung und der allgemeinen gesellschaftlichen Debatte, die von den „Grenzen des Wachstums" mit angestoßen wurde. Es hat bei uns dann noch eine ganze Weile gebraucht, sich als klassischer Naturschutzverband auch für umwelt- und gesellschaftspolitische Fragen zu öffnen. In der Folge kam es dann 1990 zur Namensänderung in NABU.

Nichtsdestotrotz hat der NABU bis heute diesen besonderen Fokus auf den Naturschutz bewahrt, der uns ja auch ein bisschen von den anderen Organisationen unterscheidet. Unsere Welt und ihre natürlichen Lebensgrundlagen stehen für uns im Mittelpunkt aller Debatten.

© Eva-Maria Lopez | o.T.; degrowth | Karlsruhe 2017

in der Folgezeit haben sich die Umweltverbände professionalisiert. 1992 gab es den großen Umweltgipfel in Rio mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Hat das auch beim NABU Spuren hinterlassen?

Das kann man sicher so sagen. Ob das bewusst geschehen ist oder der gesellschaftlichen Debatte geschuldet war, sei mal dahingestellt. Aber natürlich haben wir uns in dieser Zeit professionalisiert, auf Landesebene wurden Geschäftsstellen gegründet und auf Bundesebene wurde Jochen Flasbarth ein sehr politischer Präsident. Zu der Zeit hat sich der NABU für neue Themen geöffnet. Anfang der 90er kamen die Naturschützer um Michael Succow aus der DDR mit dazu. Das alles hat völlig neue Impulse gegeben und auch die internationale Arbeit wurde auf einmal wichtiger, unser EU-Büro in Brüssel ist damals entstanden.

Nach der Konferenz in Rio gab es eine große Aufbruchstimmung: Mit Klaus Töpfer hatten wir einen engagierten Umweltminister, der das mit gefördert hat. Man glaubte damals, dass es zum ersten Mal globale Leitlinien und Ziele geben kann, die auch künftigen Generationen gerecht werden.

● die Rio-Konferenz war auch davon geprägt, Wirtschaft und Umwelt zu versöhnen. Sind dadurch bestehende Konfliktlinien kaschiert worden?

Das glaube ich eher nicht. Der Ausgangspunkt dazu war wohl die nüchterne Erkenntnis, dass die Wirtschaft doch einen wesentlichen Teil unseres Lebens bestimmt und wir durch Ausgrenzen allein auch nicht weiterkommen. Unsere Rolle als NABU hat sich da bis heute fortgesetzt nach dem Motto: So viel Kooperation wie möglich, so viel Konfrontation wie nötig. Genau an dieser Schnittstelle arbeiten wir, während der BUND und Greenpeace sich schon immer klarer von der Wirtschaft abgegrenzt haben. Der WWF wiederum hat immer schon einen recht intensiven Kontakt zur Wirtschaft gepflegt. In diesem Spannungsbogen bewegt sich der NABU.

● was denkt der NABU über die aktuelle wachstumskritische Debatte?

Beim Wirtschaftswachstum massiv einschreiten

Heute spielt das Konzept der planetarischen Grenzen eine entscheidende Rolle. Bei den wichtigsten Themen des Umweltschutzes, beim Verlust der biologischen Vielfalt sowie beim Klimawandel, sind tatsächlich schon heute die Grenzen überschritten. In diesem Zusammenhang müssen wir auch bei der Frage nach den Themen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch massiv einschreiten. Wir müssen sogar sehen, dass wir unsere Verbräuche deutlich reduzieren. Eine entscheidende Frage lautet: Von welchem Wachstum sprechen wir hier? Natürlich können wir in einigen Bereichen noch ein gewisses Wachstum gebrauchen, denken Sie an die erneuerbaren Energien. Aber beim Ressourcenverbrauch können wir das nicht mehr, da brauchen wir Suffizienz. Die Wachstumskritik als solche teilen wir.

Wichtig ist aber, dass man dann auch Lösungen anbieten kann und nicht in pauschaler Kritik verbleibt. Wir müssen den Menschen neue Leitbilder anbieten. Als stellvertretender Vorsitzender des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung werde ich mich demnächst wöchentlich mit solchen Fragen auseinandersetzen.

Auch zur anstehenden Bundestagswahl fordern wir Maßnahmen für eine Verringerung des Ressourcenverbrauches, mit ganz konkreten Vorschlägen wie etwa der Förderung einer Share Economy, Stichwort Teilen statt Besitzen. Vor einigen Monaten haben wir einen Arbeitskreis „nachhaltiger NABU“ eingerichtet, um mehr gesellschaftliche Wirkung durch unser eigenes Verhalten zu erzeugen. Dabei versuchen wir auf allen Verbandsebenen mit unseren Mitgliedern zu kommunizieren. Dafür nutzen wir auch unsere Verbandszeitschrift „Naturschutz heute“.

● wie engagiert sich der NABU darüber hinaus für eine gesellschaftliche Transformation?

Ich bin Mitglied im Forum Nachhaltiges Wirtschaften bei der Bundesforschungsministerin. Dort engagieren wir uns für die Förderung von alternativen Forschungsbereichen, damit Playern wie BASF und Bayer nicht allein das Feld überlassen wird. Denn die Forschungsmittel von heute prägen Produktion und Lebensstile von morgen. Deswegen ist das eine Schlüsselfrage, hier etwas zu verändern. Darüber hinaus haben wir ein ganzes Team aufgebaut, das sich mit Naturschutz- und Bioökonomie befasst. Wenn wir uns in eine Debatte einmischen wollen, dann müssen wir da auch inhaltlich auf Augenhöhe sein, einen Überblick und die nötigen wissenschaftlichen Kenntnisse haben. Es fällt schwer eigene Anstöße zu geben, wenn man nur daneben steht.

● gibt es Zielkonflikte bei der konkreten Umsetzung von transformativen Projekten?

Ich habe gerade heute mit unserem Klimareferenten zusammengesessen und gesagt, dass ich es nicht mehr ertrage: Wir reden die ganze Zeit von einer „naturverträglichen Energiewende“ und blenden jedoch die Zielkonflikte aus.
Haben wir ausreichend Flächen für Windenergieanlagen oder müssen wir stärker auf Solarenergie setzen, wenn wir die letzten Rotmilane in Deutschland bewahren und die Wälder schonen wollen? Was heißt es für Deutschland, wenn wir unseren Verkehr um 40 % reduzieren und den Rest elektrifizieren? Welchen Flächenverbrauch bringt die naturverträgliche Energiewende mit sich und was bedeutet sie auch für den Lebensstil der Bevölkerung?
Bislang hat niemand das Konzept der naturverträglichen Energiewende wirklich zu Ende gedacht. Wir wollen nun mit einem eigenen Gutachten Lösungsstrategien anbieten: Wie kann der Zielkonflikt zwischen Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt überwunden werden? Wie können wir unseren Ressourcenverbrauch tatsächlich reduzieren?

● sollten Verbände wie der NABU die Themen Ökologie und soziale Gerechtigkeit zusammendenken?

Diese Themen gehören zusammen. Wenn wir nicht zusehen, dass sich auch Menschen mit niedrigeren Einkommen ein gutes Leben leisten können, dann werden wir am Ende nicht erfolgreich sein. Die soziale Frage ist bei solchen Transformationsprozessen daher eine Schlüsselfrage.
Im internationalen Kontext ist das noch viel gravierender. Der Naturschutz hat keine Chance, wenn nicht zugleich die Armut bekämpft und alternative Einkommensquellen entwickelt werden. Mit unseren internationalen Projekten zeigen wir, dass man mit der Akzeptanz der Menschen vor Ort erfolgreich sein kann, indem man sich auch der sozialen Probleme annimmt. Darüber hinaus muss dort die Entwicklung gleich ins Solarzeitalter gehen.

Kohleausstieg nur dann erfolgreich, wenn man den Menschen eine Perspektive bietet

Denken wir an den Kohleausstieg hier bei uns: Der kann nur erfolgreich sein, wenn man die Menschen in der Region rechtzeitig in diese Transformationsprozesse einbezieht und ihnen mit der Stärkung anderer Wirtschaftszweige und Einkommensquellen eine Perspektive bietet. Durch das lange Festhalten an alten Strukturen kommt es am Ende zum harten Bruch und die Leute stehen unvermittelt ohne Perspektive auf der Straße.
Die Bundesregierung hat beim Kohleausstieg leider auf die Gewerkschaften gehört und Milliarden versprochen, um die bestehenden Kohlekraftwerke weiterlaufen zu lassen. Mit diesem Geld hätte man sich besser um die zehntausenden Mitarbeiter gekümmert, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Das ist übrigens manchmal ein grundsätzliches Problem der Gewerkschaften, dass sie an nicht zukunftsfähigen Branchen festhalten oder aufgrund ihrer Mitgliederstruktur festhalten müssen, anstatt einen Transformationsprozess aktiv zu begleiten. Das Problem ist damit nur aufgeschoben, und am Ende kommt es für alle noch heftiger.

BUND

Angelika Zahrnt ist Wirtschaftswissenschaftlerin und war langjährige Vorsitzende und ist heutige Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Angelika Zahrnt

Initiativen vor Ort auf den Weg bringen

Angelika Zahrnt möchte für den Gedanken werben, dass ohne das ständige „Weiter, Schneller, Mehr“ ein besseres und entspannteres Leben möglich ist. Dabei räumt sie ein, dass die Postwachstums-Debatte für die Verbände ein schwieriges Terrain sei. „Denn die Umweltverbände kennen sich ja nicht aus in Themen wie sozialen Sicherungssystemen oder Unternehmensverfassungen.“

Die Stärke von Verbänden mit starker regionaler Verankerung wie NABU und BUND sieht sie „ganz klar auf der lokalen Ebene“. Hier sollten sie sich für mehr Repair-Cafés, Car Sharing und öffentliche Bücherschränke einsetzen - aber zugleich auch auf politischer Ebene bessere Rahmenbedingungen fordern, zum Beispiel Vorschriften, dass Produkte länger halten und reparaturfähig sein müssen. Aus Zahrnts Sicht sollten Aspekte wie Fast Food, Fliegen und Tempolimit Thema einer Entschleunigungskampagne werden.

Innerhalb der Verbände gebe es aber auch Zielkonflikte: „Da tritt man den eigenen Mitgliedern kräftig auf die Füße, wenn man Steuern auf Flugbenzin fordert. “Wegen der inkonsequenten Übersetzung der politischen Überzeugungen ins eigene Handeln sei es umso wichtiger, „dass die Rahmenbedingungen stimmen und Fliegen eben teurer wird“.

● denkhausbremen: die wachstumskritische Debatte gewinnt an Fahrt. Wie beurteilen Sie die aktuelle Diskussion zu diesem Thema?

Angelika Zahrnt: Ich beurteile sie vor dem Hintergrund, dass mich die wachstumskritische Debatte seit meinem Studium in den 60iger Jahren beschäftigt. Wie man dort weiterkommt, ist für mich deshalb auch eine persönliche Frage. Meine Schlussfolgerung ist, dass es nicht mehr ausreicht, die alten Debatten weiterzuführen. Anstatt über alternative Indikatoren zur Wohlstandsmessung und grundsätzliche Fehler am Wachstumskurs zu diskutieren, ist aus meiner Sicht eine Debatte über eine größere Unabhängigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft vom Wachstum notwendig.

Zu dieser Frage, wie eine Wirtschaft und Gesellschaft in einer Postwachstumszeit aussehen könnte, habe ich 2010 zusammen mit Irmi Seidl das Buch „Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft“ herausgegeben. Wir und andere AutorInnen haben darin u.a. überlegt, wie z.B. unsere sozialen Sicherungssysteme für Gesundheit und Alter verändert werden müssten. Solche Wachstumstreiber machen es so schwierig, vom Wachstumskurs wegzukommen.

Für den Bereich Konsum – der ja ein Motor des Wirtschaftswachstums ist – habe ich gemeinsam mit Uwe Schneidewind in unserem Buch “Damit gutes Leben einfacher wird” 2013 aufgezeigt, dass die Politik geeignete Rahmenbedingungen bereitstellen muss, damit ein Leben mit weniger Konsum, das sich am „Genug“ und nicht am „Immer mehr“ orientiert, in die Praxis gebracht werden kann. Diese Suffizienzpolitik habe ich dann – diesmal zusammen mit meinem Sohn Dominik – in der digitalen ”Strategielandkarte Suffizienzpolitik” visualisiert. Hier wird besonders gut deutlich, wie viele Politikfelder eine Suffizienzpolitik umfasst und wie wichtig die Verknüpfungen von kleinen Initiativen in die Politik – von der kommunalen Ebene bis zur Bundespolitik – sind.

● welche Konsequenzen hatte die Postwachstums-Debatte für die Umweltverbände?

Das ist auch für die Umweltverbände ein schwieriges Terrain. Denn die Umweltverbände kennen sich ja nicht aus in Themen wie sozialen Sicherungssystemen oder Unternehmensverfassungen. Aber gerade basisorientierte Umweltverbände können Initiativen vor Ort auf den Weg bringen und unterstützen, die den eigenen Lebensstil unabhängiger vom Wachstum machen – und gleichzeitig auf politischer Ebene sich für andere Rahmenbedingungen einsetzen. Z.B. im Bereich der Ressourcenschonung: Repair-Cafes brauchen oft kommunale Unterstützung, um Räume zu erhalten – aber gleichzeitig geht es darum, durch gesetzliche Änderungen, dass Produkte länger halten sollen und reparaturfähig sind und man das beim Kauf auch erkennen kann. In Schweden wird jetzt eine verringerte Mehrwertsteuer für Reparaturen erhoben, die auch eine andere Produktionsweise voranbringen könnte.

Im Wahlkampf setzen alle Parteien unbeirrt auf Wachstum

In der Politik wird die Postwachstumsdebatte kaum aufgegriffen, auch nur sehr begrenzt bei den Grünen. Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu Wachstum, Wohlstand Lebensqualität hat daran wenig geändert. Im Bundestagswahlkampf setzten alle Parteien weiterhin unbeirrt auf Wachstum.

● würde es sich für die Verbände eigentlich lohnen, auch mal in ihr eigenes Archiv nach wachstumskritischen Positionen zu durchforsten, wie es sie vielleicht in den 70er und 80er Jahren gegeben haben könnte? Können Sie damit etwas für den BUND anfangen?

Die Debatte im BUND verfolge ich lange und ich denke nicht, dass solch ein Rückgriff viel hilft. Grundsätzlich finde ich es wichtig, sich mit seiner Verbandsgeschichte zu befassen, aber ich glaube nicht, dass da viel zu holen ist. Wir waren damals in einer anderen gesellschaftlichen Situation.

Forderungen nach Steuern auf Flugbenzin treten eigenen Mitgliedern auf die Füße

● haben die Umweltverbände denn nicht viele Zielkonflikte, die sie bei der wachstumskritischen Debatte aushalten müssen?

Das denke ich schon. Dieser Konflikt ist auch in unserem Verband. Wir haben viele UnterstützerInnen, die gute Jobs haben und am weiteren Wachstum verdienen und sich trotzdem an dieser Debatte beteiligen. Denn das tatsächliche Postwachstum ist ja noch so weit weg, dass man erst mal ohne Gefährdung seiner eigenen Position gegen Wachstum sein kann.
Kritischer ist da schon die Frage, wie es mit dem eigenen Verhalten aussieht. Da tritt man den eigenen Mitgliedern kräftig auf die Füße, wenn man Steuern auf Flugbenzin fordert. Den Konflikt können Mitglieder aber offenbar aushalten, bleiben Mitglied und haben weiterhin ihr hohes Flugbudget. Da gibt es ja die unterschiedlichsten Studien, dass z.B. Grünwähler oder Ökos oft Toskana-Liebhaber sind, nach Südfrankreich fahren oder ihre Exkursionen nach Costa Rica machen. Aber solche Inkonsequenzen zwischen politischer Überzeugung und eigenem Handeln kennt ja jeder selbst – und deshalb ist es ja auch so wichtig, dass die Rahmenbedingungen stimmen und Fliegen eben teurer wird.

● würden Sie denn sagen, dass die wachstumskritische Debatte eine Chance für die Umweltverbände ist, Fragen zur sozialen Gerechtigkeit zu adressieren? Kampagnen wie gegen Billigflieger, versuchen die ökologische Frage über den Geldbeutel zu regeln. In der Konsequenz bedeutet das dann, dass nur noch Besserverdienende zum Shoppen nach London fliegen dürfen...

Das ist eine Diskussion, die wir führen müssen. Es wäre gut, wenn die Umweltverbände tatsächlich die Verbindung zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit noch stärker als bislang betonen würden. Im BUND war im Zusammenhang mit der Studie “Zukunftsfähiges Deutschland” klar, dass wir uns nicht allein auf die ökologischen Argumente stützen dürfen, sondern auch die sozialen Aspekte mit zur Nachhaltigkeit gehören. Trotzdem kann es natürlich immer sein, dass dies in einzelnen Kampagnen nicht gesehen wird. Dieser Punkt ist in der gegenwärtigen populistischen Atmosphäre sicherlich noch ein Stück wichtiger geworden.

© Eva-Maria Lopez | o. T.; degrowth | 2017

aus unserer Sicht vermeiden einige Umweltverbände z.B. das Thema Tempolimit auf Autobahnen bewusst, weil die eigene Klientel davon betroffen wäre. Wie laufen diese Diskussionen beim BUND?

Ja, ein Tempolimit haben wir immer tapfer gefordert. Aber es gab eben gesellschaftlich keine große Resonanz für das Thema, auch politisch war eine Umsetzung überhaupt nicht abzusehen. Aber gerade das Tempolimit fände ich ein Thema, das unter dem Gesichtspunkt Suffizienz und Entschleunigung bearbeitet werden sollte. Die andere Frage ist eben, ob man solche Kampagnen nicht mal grundsätzlicher aufzieht und z.B. am Thema Entschleunigung festmacht: Dann könnte man eine Kampagne machen, die Aspekte wie Fast Food, Fliegen und Tempolimit umfassen würde.

© Eva-Maria Lopez | fast food; degrowth | Paris 2017

dann wären die Ökos wieder einmal die Spaßbremsen der Nation. Wir sehen heute, wie Populisten die politische Bühne erobern, weil die Trumpsche Mauer nach Mexiko von so großer Symbolkraft ist. Vielleicht ist die wachstumskritische Debatte eine Möglichkeit für die Linke, eine andere Erzählung auf die politische Bühne zu bringen. Wie sehen Sie das?

Ich vermute, dass unter den Rechtspopulisten eine Reihe Menschen sind, die auch wachstumskritisch sind, gegen große Konzerne, gegen Globalisierung und Moderne. Die Gemengelage ist sehr gemischt. Trump wiederum tut alles, um das Wachstum wieder anzukurbeln, ohne Rücksicht auf Verluste. Ich sehe da keine einheitliche Linie. Wir müssen aber vorsichtig sein, dass wir keinen Schulterschluss mit wachstumskritischen Stimmen auf dieser rechten Seite eingehen. In der Wachstumskritik kann sich einiges sammeln, was an gegenwärtiger Unzufriedenheit vorhanden ist.

Es ist ja nicht so, auch wenn die Politik total wachstumsfixiert ist, dass dies in der Bevölkerung als Glaubensbekenntnis oder als Hoffnung weiter unkritisch verankert ist. Von daher gibt es eine wachstumskritische Grundstimmung, das stimmt. Zumindest in der breiten Bevölkerung sagen viele, dass wir eben nicht noch mehr Wolkenkratzer in Frankfurt brauchen oder noch breitere Autobahnen.

können die Umweltverbände konkrete Anschlussmöglichkeiten bereitstellen, um aus dem Hamsterrad Wachstum auszusteigen?

Die Stärke der Umweltverbände – zumindest von NABU und BUND – liegt ganz klar auf der lokalen Ebene. Dort kann man einiges tun, was in Richtung Postwachstum geht, ohne dass man das alles unter diesem Stichwort segeln lässt. Auf der lokalen Ebene gibt es aufgeschlossene Politiker, die offen für konkrete Projekte sind. Die Idee der öffentlichen Bücherschränke hat sich zum Beispiel unglaublich schnell verbreitet. Das kratzt an dem Gedanken, dass ein Buch noch niemand sonst in der Hand gehabt haben darf, dass man es besitzen muss. Es ist nicht peinlich, wenn man zu diesem Bücherschrank geht. Auf diese Weise werden Verhaltensweisen konkret und langfristig verändert. Car-Sharing ist ein erfolgreiches Beispiel dafür.

Lokal lässt sich zeigen, wie wichtig öffentliche Infrastrukturen sind, dass es lohnt, sie zu erhalten und auch neue zu schaffen – wie der öffentliche Verkehr, gemeinsam genutzte Räume und Grün. Dass Lebensqualität nicht allein vom Einkommen abhängig ist. Es lässt sich eine Idee von einer Gesellschaft vermitteln, in der es sich ohne den Wettlauf des „Weiter, schneller, mehr“ besser und entspannter und gesünder leben lässt. Gute Beispiele dafür haben wir im BUND auf unsere Internetseite: Stadt, Land, Glück gesammelt.